

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 04 | 24.01.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 6/2020](#)

Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten (**Ölkesselbauverbotsgesetz – ÖKEVG 2019**) (Vermeidung des Einbaus von fossilen Ölkesseln im Neubau in allen Bundesländern flächendeckend spätestens ab 2020 als Ziel der #mission2030; Umsetzung von völkerrechtlich und unionsrechtlich verbindlichen Zielsetzungen im Bereich Klimaschutz)

[BGBl I 7/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz, mit dem eine vorläufige Vorsorge für das Finanzjahr 2020 getroffen wird, erlassen (**Gesetzliches Budgetprovisorium 2020**) und das **Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022** geändert wird (Art 51a Abs 4 B-VG sieht für den Fall der vorzeitigen Auflösung von Nationalrat und Bundesregierung ein automatisches bzw gesetzliches Budgetprovisorium vor, um eindeutige Regelungen hinsichtlich der Fälle zu schaffen, in denen aufgrund der Veranschlagung von Rücklagen im Jahr 2019 erhöhte Werte veranschlagt wurden; überdies erfolgte eine Anpassung der Obergrenzen für Auszahlungen des BundesfinanzrahmenG 2019 bis 2022 entsprechend den Änderungen des BundesministerienG)

[BGBl II 13/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über die Grundausbildung im Österreichischen Patentamt (**ÖPA – Grundausbildungsverordnung**) geändert wird

[BGBl III 4/2020](#)

Änderung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich und dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik **Deutschland** über die **Vertretung** der Republik Österreich im Verfahren der **Erteilung von Schengenvisa**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 14 v 17.01.2020, 1](#)

Beschluss (EU) 2020/33 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2020 über eine weitere **Makrofinanzhilfe** für das Haschemitische Königreich **Jordanien**

[ABI L 16I v 21.01.2020, 1](#)

Beschluss (EU) 2020/48 des Rates vom 21. Januar 2020 zur **Änderung des Beschlusses** (EU) 2019/274 über die Unterzeichnung des Abkommens über den **Austritt** des Vereinigten Königreichs **Großbritannien und Nordirland** aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft im Namen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

19.11.2019, [Ro 2017/04/0015](#)

IngenieurG; Personen, die **gleichwertige fachliche und allgemeine Kenntnisse** gemäß § 2 Z 4 IngenieurG **nachweisen** möchten, haben dies durch Prüfungszeugnisse „öffentlicher oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteter inländischer Schulen“ zu belegen; dass damit auch Zeugnisse von Fachhochschulen und Universitäten gemeint wären, ergibt sich weder aus dem Wortlaut der Bestimmung, noch enthalten die Gesetzesmaterialien Hinweise für eine derart weite Auslegung; vielmehr ist entscheidend, dass der Gesetzgeber sowohl auf verfassungsrechtlicher als auch auf einfachgesetzlicher Ebene eine deutliche (institutionelle) Differenzierung zwischen Schule bzw Schulwesen einerseits und Hochschulen und Universitäten andererseits vornimmt; an dieser grundlegenden Unterscheidung ändert auch die Umsetzung des Bologna-Prozesses nichts

11.12.2019, [Ra 2017/05/0257](#)

BauO für Wien; zur Klärung, welche **Instandsetzungsmaßnahmen** bei der Beurteilung der Frage iSd § 60 Abs 1 lit d Bauo für Wien, ob das Bauwerk nach der Instandsetzung technisch als ein anderes angesehen werden muss (technische Abbruchreife) oder nicht, zu berücksichtigen sind, ist auf die Bestimmung des § 129 leg cit Bedacht zu nehmen, welche in Abs 2 die Verpflichtung des Eigentümers ua zur Instandsetzung festlegt und in Abs 4 der Behörde die Verpflichtung zur Erlassung von Instandsetzungsaufträgen für den Fall, dass der Eigentümer seiner Pflicht zur Beseitigung von Baugebrechen nicht nachkommt, auferlegt; dabei hat sie neben den allenfalls erforderlichen Sicherungsmaßnahmen die aus öffentlichen Rücksichten notwendige Beseitigung von Baugebrechen entsprechend dem Stand der Technik im Zeitpunkt der Erteilung des Bauauftrags zu verfügen, es sei denn, die technische Unmöglichkeit der Behebung der Baugebrechen ist erwiesen; diesfalls hat sie die Räumung oder den Abbruch des Bauwerks (oder Bauwerksteilen) anzuordnen

11.12.2019, [Ro 2018/05/0018](#)

Tir NaturschutzG; **RuhegebietsVO**; unter einer „Anlage“ iSd Tir NaturschG ist alles zu verstehen, was durch die Hand des Menschen angelegt wird; iSd weiten Begriffsverständnisses ist daher mit „**Errichtung von Anlagen**“ nicht nur die Errichtung von Hochbauten und anderen, mit dem Grund und Boden in ähnlicher Weise fest verbundenen Anlagen gemeint, sondern bereits jede auf relative Dauer angelegte Herstellung von Einrichtungen auf einer Grundfläche erfasst; folgend ist die geplante Deponie (Ablagerung von Tunnelausbruchmaterial in einer Menge von rund 78.000 m³ [„lose“] langfristig auf einer Fläche von rund 14.500 m²) als „Anlage“ iSd § 3 Abs 1 lit a der RuhegebietsVO und nicht als „Geländeaufschüttung“ iSd § 3 Abs 1 lit d dieser VO zu qualifizieren

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 15.01.2020, [LVwG-152443](#)

Oö RaumordnungsG; ein **Forsthaus**, das dem Lagern von Werkzeugen zur Pflege des Waldes dienen soll, lässt sich nicht unter den Wortlaut der laut abschließender Aufzählung im Flächenwidmungsplan **im Grünzug zulässigen baulichen Anlagen** subsumieren; denn solche Ausnahmebestimmungen sind im Zweifel restriktiv auszulegen, sodass bloß nützliche bauliche Anlagen nicht solchen gleichzuhalten sind, die iSd § 30 Abs 5 Oö RaumordnungsG „notwendig“ sind.

LVwG Oö 20.01.2020, [LVwG-152223](#)

Oö BauO; die Untersagung der **Benützung eines konsenslos errichteten Bauwerks** kann weder auf § 40 Oö BauO noch auf § 50 leg cit gestützt werden; vielmehr ist in einem solchen Fall nur mit einem Beseitigungsauftrag gem § 49 leg cit sowie allenfalls mit einer Bestrafung nach § 57 leg cit vorzugehen

Hinweis: Die Rechtssätze des LVwG Oö werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa 2 Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Sbg 28.11.2019, [405-3/556/1/16-2019](#)

Sbg RaumordnungsG; der Begriff „**Wohneinheiten im Hausverband**“ iSd § 5 Z 10 Sbg RaumordnungsG setzt eine räumlich-funktionelle Verbindung der Wohneinheiten mit dem Hausverband des Privatzimmervermieters durch innere Erschließung voraus

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[21.01.2020, Rs C-274/14, Banco de Santander](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – **Begriff** des **einzelstaatlichen Gerichts** – Kriterien – Unabhängigkeit der betreffenden nationalen Einrichtung – Unabsetzbarkeit der Mitglieder – Unzulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens

[22.01.2020, Rs C-175/18 P, PTC Therapeutics International/EMA](#)

Rechtsmittel – Zugang zu Dokumenten der Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 4 Abs 2 erster Gedankenstrich – Ausnahme zum **Schutz geschäftlicher Interessen** – Art 4 Abs 3 – Schutz des Entscheidungsprozesses – Der Europäischen Arzneimittelagentur im Rahmen eines Antrags auf Genehmigung für das Inverkehrbringen eines **Humanarzneimittels** vorgelegte Dokumente – Beschluss, einem Dritten **Zugang zu den Dokumenten** zu gewähren – Allgemeine Vermutung der Vertraulichkeit – Keine Pflicht eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der Europäischen Union, eine allgemeine Vermutung der Vertraulichkeit anzuwenden

[22.01.2020, Rs C-177/18, Baldonado Martín](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraph 4 – **Diskriminierungsverbot** – Paragraph 5 – Maßnahmen zur **Vermeidung von Missbrauch** durch **aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge** oder -verhältnisse – Entschädigung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses – Art 151 und 153 AEUV – Art 20 und 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Anwendbarkeit – Ungleichbehandlung wegen der öffentlich- oder privatrechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses nach nationalem Recht

[22.01.2020, Rs C-178/18 P, MSD Animal Health Innovation und Intervet international/EMA](#)

Rechtsmittel – Zugang zu Dokumenten der Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 4 Abs 2 erster Gedankenstrich – Ausnahme zum **Schutz geschäftlicher Interessen** – Art 4 Abs 3 – Schutz des Entscheidungsprozesses – Der Europäischen Arzneimittelagentur im Rahmen eines Antrags auf Genehmigung für das Inverkehrbringen eines **Tierarzneimittels** vorgelegte Dokumente – Beschluss, einem Dritten **Zugang zu den Dokumenten** zu gewähren – Allgemeine Vermutung der Vertraulichkeit – Keine Pflicht eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der Europäischen Union, eine allgemeine Vermutung der Vertraulichkeit anzuwenden

[22.01.2020, Rs C-814/18, Ursa Major Services](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Fischereipolitik – Verordnung (EG) Nr 1198/2006 – Art 55 Abs 1 – Finanzielle Beteiligung des **Europäischen Fischereifonds** (EFF) – **Zuschussfähigkeit der Ausgaben** – Voraussetzung – Ausgabe, die tatsächlich von den Begünstigten getätigt wurde – Begriff

[22.01.2020, Rs C-32/19, Pensionsversicherungsanstalt \(Cessation d'activité après l'âge du départ à la retraite\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit – Unionsbürgerschaft – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Richtlinie 2004/38/EG – Art 17 Abs 1 Buchst a – **Recht auf Daueraufenthalt** – Erwerb vor Ablauf eines **ununterbrochenen Aufenthaltszeitraums** von fünf Jahren – Arbeitnehmer, der zum Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem Erwerbsleben das für die Geltendmachung einer **Altersrente** vorgesehene Alter erreicht hat

[23.01.2020, Rs C-578/18, Energiavirasto](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Elektrizitätsbinnenmarkt – Richtlinie 2009/72/EG – Art 3 – Verbraucherschutz – Art 37 – Aufgaben und **Zuständigkeiten der Regulierungsbehörde** – Außergerichtliche Streitbeilegung – Begriff ‚Partei‘ – Recht, gegen die Entscheidung der Regulierungsbehörde einen Rechtsbehelf einzulegen – **Beschwerde eines Haushaltskunden** gegen den Betreiber eines **Elektrizitätsverteilernetzes**

[23.01.2020, Rs C-29/19, Bundesagentur für Arbeit](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit – Wanderarbeitnehmer – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – **Leistungen bei Arbeitslosigkeit** – Berechnung – **Nichtberücksichtigung** des letzten im **Wohnsitzmitgliedstaat** erhaltenen Entgelts – Zu kurzer Bemessungszeitraum – Nach dem Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis erhaltenes Entgelt – Person, die zuvor eine Beschäftigung in der Schweiz ausgeübt hat

B. SCHLUSSANTRÄGE

[21.01.2020, Rs C-746/18, Prokuratuur \(Conditions d'accès aux données relatives aux communications électroniques \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verarbeitung personenbezogener Daten im Bereich der elektronischen Kommunikation – Vertraulichkeit der Kommunikation – Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste – Allgemeine und **unterschiedslose Vorratsspeicherung** von Verkehrs- und Standortdaten – **Strafrechtliche Ermittlungen** – Zugang der Ermittlungsbehörde zu Daten, die für Zeiträume von einem Tag bis zu einem Jahr auf Vorrat gespeichert werden – Von der Staatsanwaltschaft erteilte Genehmigung – Verwendung der Daten als **Beweismittel** im Rahmen des Strafverfahrens – Richtlinie 2002/58/EG – Art 1 Abs 3, Art 3 und Art 15 Abs 1 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 8 und 11 sowie Art 52 Abs 1

[22.01.2020, Rs C-634/18, Prokuratura Rejonowa w Słupsku \(GA Sharpston\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2004/757/JI – Mindestvorschriften über die **Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen** und die Strafen im Bereich des **illegalen Drogenhandels** – Anwendungsbereich – Art 2 Abs 1 Buchst c und Art 4 Abs 2 Buchst a – Persönlicher Konsum – Große Mengen von Drogen – **Grundsatz der Gesetzmäßigkeit** im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen

[23.01.2020, Rs C-658/18, UX \(Statut des juges de paix italiens\) \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Zulässigkeit – Externe und interne **Unabhängigkeit der Gerichte** – Sozialpolitik – Richtlinie 2003/88/EG – Arbeitszeit – Art 7 – **Bezahlter Jahresurlaub** – Friedensrichter – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über **befristete Arbeitsverträge** – Paragraph 4 – Verbot der Diskriminierung – Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen das Unionsrecht

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

20.01.2020, Beschwerde Nr [201/17](#), *Magyar Kétfarkú Kutya Párt / Ungarn (GK)*

Verletzung von Art 10 EMRK (Meinungsäußerungsfreiheit); **Verhängung** eines **Bußgelds** gegen eine **Partei** (Bf), weil diese im Zuge eines im Jahr 2016 durchgeführten Referendums eine App zur anonymen **Veröffentlichung** ungültiger **Stimmzettel** entwickelte; angewendetes Gesetz zur Verhängung des Bußgelds war nicht ausreichend determiniert

23.01.2020, Beschwerde Nr [38067/15](#), *L.R. / Nordmazedonien*

Verletzung von Art 3 EMRK (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); unzureichende Betreuung und **Misshandlung** eines **beeinträchtigten Kinds** (Bf) in einer staatlichen Einrichtung; keine ausreichende Untersuchung des Falls durch die nationalen Behörden; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 18.000,--

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Mag. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.